

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

20.07.2021

Inhalt

EWN

1 Abbau des Reaktordruckbehälters läuft <i>Rhein-Zeitung Koblenz, 16.07.2021</i>	3
2 Die Endlagersuche wird konkreter <i>DER TAGESSPIEGEL, 20.07.2021</i>	4

Abbau des Reaktordruckbehälters läuft

Anlage in Mülheim-Kärlich – RWE sagt: Beauftragte Partnerfirmen verfügen über umfangreiche Erfahrungen

Mülheim-Kärlich. Nachdem im Dezember 2020 der Abbau der beiden Dampferzeuger erfolgreich abgeschlossen wurde, hat RWE jetzt mit dem Abbau des Reaktordruckbehälters (RDB) begonnen. Vorausgegangen war die Erteilung der notwendigen atomrechtlichen Genehmigung durch das rheinlandpfälzische Umweltministerium als der zuständigen Atomaufsicht. „Wir freuen uns, dass wir jetzt die behördliche Zustimmung zum Beginn dieser wichtigen Rückbaumaßnahme erhalten haben. Damit ist ein weiterer wichtiger Meilenstein auf dem Weg zum kompletten Rückbau der Anlage Mülheim-Kärlich erreicht“ sagt Dr. Thomas Volmar, Leiter der Rückbauanlage.

Der RDB ist das ehemalige Herzstück der Anlage. Während des Leistungsbetriebs befand sich im RDB der Wärme erzeugende Reaktorkern mit den Brennelementen. Mit rund fünf Metern Durchmesser, 13 Metern Höhe und rund 700 Tonnen Gewicht handelt es sich um das größte Bauteil im Reaktorkreislauf. Der RDB besteht aus dem eigentlichen Behälter, dem Deckel und den sogenannten Reaktoreinbauten. Er ist von einem rund zwei Meter dicken Stahlbetonzylinder, der als Strahlungsabschirmung diente, umgeben und befindet sich innerhalb des Kontrollbereichs. Da es

sich bei dem Abbau um ein komplexes Vorhaben handelt, ist die Gesamtmaßnahme in mehrere Demontagepakete aufgeteilt. Insgesamt sind für den kompletten Abbau rund drei Jahre vorgesehen. Mit der Durchführung der Arbeiten hat RWE Nuclear laut RWE-Pressemitteilung ein Konsortium aus **EWN (Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH)** aus Greifswald und Orano GmbH aus Nürnberg sowie weiteren Partnern beauftragt, die bereits über umfangreiche Erfahrung in der Reaktorzerlegung verfügen.

In einem ersten Schritt werden die meterdicken Betonriegel über dem Behälter abgehoben, zerlegt und gereinigt. Anschließend erfolgt dieselbe Prozedur mit dem Reaktordeckel. Die spätere Zerlegung des RDB und seiner Einbauten erfolgt durch geschulte Fachkräfte am Ort fern hantiert und unter Wasser. Komponenten, die nicht der behördlichen Freigabe zugeführt werden, sind als schwach und mittelradioaktive Rückbauabfälle für eine spätere Endlagerung fachgerecht zu verpacken und dem Bund zu übergeben. Wie bei kerntechnischen Anlagen üblich, werden die Tätigkeiten durch die Aufsichtsbehörde und ihre Gutachter eng begleitet, heißt es abschließend im Pressetext.

 DER TAGESSPIEGEL | 20.07.2021 | S. 16

 Auflage: 103.171 | Reichweite: 309.138

 Matthias Jauch

Die Endlagersuche wird konkreter

Widerstand gegen Auswahl von Modellregionen

Berlin - Wenn sich Ministerpräsidenten der Länder zur **Atommüll**-Endlagersuche äußern, muss die Frage um den Verbleib der **atomaren** Reste schon recht nah herangerückt sein. So geschah es vor kurzem, als sich Thüringens Landeschef Bodo Ramelow (Die Linke) zum Verfahren äußerte. „So geht das nicht. So kann man mit Thüringen nicht umgehen. Der Prozess muss fair sein“, sagte Ramelow. Dass zwei der vier Gebiete, in denen in Deutschland spezielle Daten zu Gesteinsformen erhoben werden sollen, in Thüringen lägen, sei problematisch und erklärungsbedürftig.

Nur Tage zuvor hatte die Bundesgesellschaft für Endlagerung (**BGE**), betraut mit dem Verfahren, vier Gebiete benannt, anhand derer sie Methoden für die weitere Eingrenzung möglicher Endlagerregionen entwickeln will. In Thüringen handelt es sich um das Salzlager im Thüringer Becken und eine Region mit Kristallin-Gestein, von der Teile in Ostthüringen liegen sollen. In Bayern und Baden-Württemberg nutzt sie eine breite Tongesteinsformation und ein Gebiet, das Kristallin-Gestein aufweist, und in der Nähe von Hamburg den Salzstock Bahlburg. „Ein Gebiet zur Methodenentwicklung ist nicht besser oder schlechter geeignet als andere Gebiete“, sagte Steffen Kanitz, Geschäftsführer der **BGE**.

In den Wirtsgesteinen sollen nun erste Einschätzungen gewonnen werden, wie Endlagersysteme aus Bergwerk und Behältern aussehen könnten, wie die Sicherheit von Endlagern zu bestimmen ist und sich äußere Faktoren wie Eiszeiten auswirken. Es sind noch frühe Schritte der Suche – und dringend notwendige. „Es haben viele darum gekämpft, dass sich nun keine Leere auftut und es für die Menschen Haltepunkte in der Endlagersuche gibt. Die Modellregionen und spätere Ergebnisse aus ihnen sollen genau das leisten“, sagte Hans Hagedorn, Partizipationsbeauftragter am Nationalen Begleitgremium der Endlagersuche (NBG), dem Tagesspiegel Background. „Dass es sich um keine Vorauswahl handelt, wird sich schnell zeigen lassen.“ Tatsächlich hat die **BGE** in der Zwischenzeit vier Steckbriefe veröffentlicht, um zu erklären, warum die Gebie-

te ausgewählt wurden.

Doch für viele Akteure scheint die Endlagersuche allzu konkret zu werden – das stößt auf Widerstände. Ende September hatte die **BGE** ihren ersten Zwischenbericht vorgelegt, nach welchem immerhin noch immer 54 Prozent des Bundesgebiets grundsätzlich als Standort geeignet sind – eine recht unkonkrete Angabe. An anderer Stelle sorgt genau das für Kritik: Die Anti-**Atom**-Szene findet kaum einen Ansatzpunkt, sich an der Endlagersuche abzarbeiten. Und auch unter den Akteuren der Endlagersuche ist mitunter ein Rausen zu vernehmen. Etwa direkt im NBG, das zwischen Öffentlichkeit und Politik vermitteln soll. Vor kurzem war zu lesen, dass die bislang noch infrage kommende Fläche „deutlich größer als erwartet“ sei. „Dadurch ist eine Betroffenheit der Bürger:innen bisher kaum entstanden.“ Die breite Öffentlichkeit sei bislang nur unzureichend erreicht.

Auch im Bundestag war Widerstand erkennbar. „Aus Gründen der Transparenz wäre es angemessen gewesen, wenn die **BGE** in einem öffentlichen Losverfahren aus jeder Gebietskategorie ein Teilgebiet ausgewählt hätte“, sagte Abgeordneter Hubertus Zebel (Die Linke). Auch eine Begründung, warum ausgerechnet diese Teilgebiete jetzt als Modell dienen sollen, suche man vergeblich. Die hohen Transparenzanforderungen seien nicht zufällig ins Gesetz geschrieben worden.

„Die **BGE** hat unmittelbar nach der Entscheidung für die Gebiete zur Methodenentwicklung öffentlich darüber berichtet. Ein ‚Losverfahren‘ wäre völlig ungeeignet gewesen, die richtigen Gebiete zu identifizieren“, teilte das Bundesunternehmen auf Anfrage mit. Es sei auch nicht ausgeschlossen, dass sich die nun ausgewählten Gebiete als weniger geeignet erweisen als erwartet, und noch einmal Veränderungen notwendig werden.

Ministerpräsident Ramelow befürchtet zudem, dass Optionen für eine Rohstoffgewinnung in diesen Regio-

nen gefährdet sein könnten. „In Nordthüringen gibt es Kali-Vorkommen, die Vorräte für einige Jahrzehnte haben.“ Doch die **BGE** betont: „Für diese vier Gebiete ändert sich nichts.“ Denn für alle 90 Teilgebiete, in denen die Mindestanforderungen erfüllt sind, müssen der zuständigen Behörde Anträge auf Einverständnis mit Bohrungen oder anderen Arbeiten unterhalb von 300 Metern unter der Geländeoberkante eingereicht werden.

Günther Beckstein, der frühere Ministerpräsident Bayerns und nun Mitglied im NBG, müht sich derzeit um eine andere Sicht auf das Endlager. Er sieht positive

Aspekte für den Standort. „Im Moment gibt es noch nirgends eine Bereitschaft, selber ernsthaft zu erwägen, dass ein Standort – offen gesagt – auch Vorteile bieten kann“, sagte Beckstein in einem Interview. „Da werden ja Milliarden investiert“, sagte er weiter. Und die Gefahren für die Allgemeinheit seien absolut minimal.

Aussortiert. Das ehemalige – und stets heftig umstrittene – Erkundungsbergwerk Gorleben gehört nicht mehr zur Liste der geeigneten Standorte für ein Atomendlager.